

Die Tendenz geht zur Nordvariante

Verkehr – Bei der Umgehung für Hahn müssen sich die Politiker bald entscheiden – Empfehlung der Bürgerinitiative

WEMBACH-HAHN. *Die politische Sommerpause geht zuende. In einer der nächsten Sitzungen werden die Ober-Ramstädter Stadtverordneten über den Trassenkorridor für die Ortsumfahrung Hahn zu entscheiden haben. Die Bürgerinitiative hat ihre Empfehlung längst abgegeben.*

„Umgehungsstraße – jetzt!“ Die Plakate an der Bundesstraße 426 sind unmissverständlich. „Lebensgefahr für Kinder“ ist da zu lesen und „Fünf Millionen Fahrzeuge pro Jahr – es reicht“. Die Bürgerinitiative Umfahrung und Verkehrssicherheit Ober-Ramstadt/Hahn (BI) hat die Transparente aufgehängt.

Die Mitglieder – laut Sprecher Peter Schütz 32 Haushalte, die meisten davon an der Hauptstraße – setzen sich seit etwa sieben Jahren für eine Ortsumfahrung von Hahn ein. Die Entscheidung über den Trassenkorridor rückt näher. Die BI empfiehlt den Stadtverordneten „eine Trasse im Norden, die so weit als möglich von der Bebauung entfernt ist“. Die Belastungen für die Anwohner im Norden seien auf ein Minimum, auch über die gesetzlichen Vorgaben hinaus, zu reduzieren.

Die Umweltverträglichkeitsstudie wertet die ortsnahe Nordumfahrung als die verträglichste Variante. Bei den Anwohnern aus dem Neubaugebiet, vor deren Häusern die Straße dann verlaufen würde, findet sie dagegen wenig Gefallen. Einer von ihnen, Klaus Martin, hat eine bislang nicht untersuchte Südvariante ins Spiel gebracht (wir haben berichtet). Etliche Anwohner haben angekündigt, notfalls juristisch gegen die Nordumfahrung vorgehen zu wollen.

„Es geht Herrn Martin um seine Ruhe, nicht um die Verkehrssituation im Ort“, moniert BI-Sprecher Schütz. Wir werden uns auf keine Trassendiskussion einlassen.“ Für die BI gebe es zu der geplanten nördlichen Umfahrung „keine Alternativen, um die Ortsdurchfahrt sicherer zu machen, die Bürger zu entlasten und die sozialen Netze von Hahn und Wembach nicht zu zerschneiden“.

Für BfO/Grüne ist der Lärmschutz und die Festlegung auf einen Grenzwert von 47 Dezibel das entscheidende Kriterium. „Wenn ich den besten Lärmschutz will, ist die Südumgehung außen vor“, sagt Sprecher Jürgen Wolf. Gleiches gelte für die ortsnahe Nordumfahrung. Die Forderung von BfO/Grüne: „Für das weitere Verfahren strebt die Fraktion eine öffentliche Diskussion der verschiedenen Varianten im Rahmen der Ausschüsse an.“

FDP-Mann Horst Schultze bildet die große Ausnahme: „Ich tendiere mehr zu einer Südumfahrung.“ Er sei gelernter Landwirt und ihm tue „jeder Quadratmeter weh, der aufgrund einer baulichen Nutzung einer landwirtschaftlichen Nutzung entzogen wird“, sagt er dem ECHO.

Eine Südtrasse ist für SPD-Fraktionschef Aron Krist hingegen „eine absolute Illusion“. Das Ziel der Sozialdemokraten sei, die Nordumfahrung möglichst weit weg vom Ort zu legen. Aber es gebe den Baukostenrahmen des Bundes. Zudem könne die Stadtverordnetenversammlung einen Wunsch äußern, aber letztlich nicht entscheiden.

„Mir wäre es am liebsten, wenn die Anwohner eine einvernehmliche Lösung treffen würden, aber ich habe da meine Zweifel“, sagt Christian Jacoby, Fraktionschef von „Auf geht's“. Die Tendenz seiner Fraktion gehe zu einer ortsfernen Nordumfahrung.

„Die derzeit vorliegende Planung ist uns nicht weitgehend genug, um das Schutzgut Mensch entsprechend zu würdigen“, kritisiert CDU-Fraktionschef Wolfgang Rausch. Die Nordumfahrung müsse weiter in den Norden rücken und die „Martin“-Variante ernsthaft geprüft werden. Schließlich sei „eine Straße etwas sehr, sehr Bleibendes“, so Rausch. „Es drängt sich der Verdacht auf, dass, wenn eine feste Deckelung vorliegt, man versucht, diese einzuhalten – zu Lasten der Qualität.“

Die Ortsumfahrung Hahn darf nicht mehr als fünf Millionen Euro kosten, da sie ansonsten in der Bundesverkehrswegeplanung aufgenommen werden müsste, was wiederum den Bau massiv verzögern würde.

Derzeit ist die Umfahrung als „sehr kurze kleinräumige Verlegung“ eingestuft. „Unter der Bedingung, dass die verkehrlichen Ziele mit einer kleinräumigen Verlegung der Bundesstraße erreicht werden können, eine kurze Streckenführung möglich ist und keine aufwendigen Bauwerke erforderlich werden, hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zugestimmt, die Verlegung der B 426 bei Ober-Ramstadt/Hahn als Vorhaben des Um- und Ausbaus zu realisieren“, teilt das Ministerium auf ECHO-Nachfrage mit. Im Klartext: außerhalb der Bundesverkehrswegeplanung.

Bevor die Ober-Ramstädter Stadtverordneten sich für den Planungskorridor aussprechen, der nach den Worten von Bürgermeister Werner Schuchmann (SPD) ausdrücklich „keine Grundsatzentscheidung für die Trassenführung ist“, läuft alles erst einmal auf interfraktionelle Sitzungen hinaus.

Die BI fordert unterdessen in ihrer Stellungnahme: „Mit der Öffnung der Umfahrung Reinheim muss die Fertigstellung der Umfahrung Hahn unbedingt terminiert sein.“ Das wäre im Herbst 2013.